Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezw. durch unsere Zweigstellen 3,90 M., ins Haus geliefert 4,25 M., durch die Post bezogen ohne Abtrag 4,34 M., mit Abtrag 45 Pfg. mehr, zusammen 4,79 M. vierteljährlich. Einzelne Nummer 20 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 35 Pf. Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungsverzug bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 50 Pfg., für Auswärtige 65 Pfg., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 2spaltige Petitzeile 1,50 Mk. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung. Beilagegebühr nach Vereinbarung.

48. Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt."** Fernsprecher 224.

Nr. 6. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | Namslau, Donnerstag, den 15. Januar. | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | **1920.**

Das Inkrafttreten des Friedens mit dem 10. Januar.

Wtb. Paris, 10. Januar. Heute nachmittag 4 Uhr zeichneten im Auswärtigen Amte im Kabinett des Ministers für auswärtige Angelegenheiten Ministerialdirektor von Simson und Freiherr von Lersner in Anwesenheit der Mitglieder des Obersten Rates das Protokoll vom 1. November über die Abwickelung der noch verbleibenden Verpflichtungen aus dem Waffenstillstand und über die Entschädigung für die vor Scapa Flow versenkten deutschen Kriegsschiffe. Nach vollzogener Unterzeichnung übergab Ministerpräsident Clemenceau als Vorsitzender der Friedenskonferenz die schriftliche Bestätigung über die Herabsetzung der Schadenersatzforderung für Scapa Flow und über die Art der Erfüllung dieser Verpflichtungen, die vorher getroffen worden waren. Hierauf begaben sich die beiden deutschen bevollmächtigten Delegierten sowie die Ministerpräsidenten Clemenceau, Lloyd George und Nitti und der japanische Botschafter Matsui nach dem Uhrensaal. Hier waren die bevollmächtigten Vertreter der Mächte, die bis jetzt den Friedensvertrag von Versailles vollzogen haben, versammelt um die Minister Klotz, Tardieu, Pichon, sowie Jules Cambon, die englischen Minister Lord Curzon, Balfour und der italienische Minister für auswärtige Angelegenheiten Scialoja. Von Belgien waren anwesend der Minister für auswärtige Angelegenheiten Hymans. Ministerpräsident Clemenceau eröffnete die Sitzung und lud zur Unterzeichnung des ersten Protokolls über die Hinterlegung der Vollziehungsurkunden ein. Zuerst unterzeichnetete Ministerial-Direktor von Simson, hierauf Freiherr von Lersner, nach ihnen der Reihe nach Lloyd George, Clemenceau, Nitti, Matsui, Hymans, sowie nach alphabetischer Anordnung die Vertreter der kleineren alliierten Staaten. Nachdem Clemenceau unterzeichnet hatte, begab er sich zu den deutschen Delegierten und erklärte ihnen wörtlich:

„Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß noch heute abend der Befehl zur Heimschaffung der deutschen Gefangenen unterschrieben wird."

Nach Unterzeichnung aller Bevollmächtigten ergriff Ministerpräsident Clemenceau das Wort und erklärte, daß nunmehr nach der Austausch Vollziehungsurkunden und Errichtung des ersten Protokolls über die Niederlegung der Vollziehungsurkunden der Friedensvertrag in Kraft getreten sei und daß die aus ihm sich ergebenden Verpflichtungen erfüllt werden müßten. Hierauf schloß er die Sitzung. Die Zeremonie dauerte 8 Minuten. Der Friede ist um 4 Uhr 15 Minuten nachmittags in Kraft getreten.

Wtb. Paris, 11. Januar. (Havas.) In Uebereinstimmung mit Artikel 1 und der Beilage zum 1. Teil des Friedensvertrages von Versailles werden die nachgenannten Staaten eingeladen, innerhalb der zwei Monate, die nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages folgen, dem Völkerbunde beizutreten: Argentinien, Chile, Columbien, Dänemark, Spanien, Norwegen, Persien, Niederlande, Paraguay, Salvador, Schweden, die Schweiz und Venezuela. Der Präsident der Friedenskonferenz hat deshalb gestern an die Regierungschefs der obengenannten Länder Telegramme gerichtet und ihnen eröffnet, daß der Friedensvertrag nunmehr in Kraft gesetzt worden ist.

*

Das so lange und vergeblich ersehnte Friedenswerk ist nun doch zustande gekommen und nach Pariser Depeschen hat der Austausch der Ratifikationsurkunden zum Friedensvertrage am 10. Januar in Gegenwart des französischen, englischen und italienischen Ministerpräsidenten und des Vertreters Deutschlands im Ministerium des Auswärtigen in Paris stattgefunden. Durch diese Staatshandlung ist der Waffenstillstand zwischen den Verbandsmächten und Deutschland nun endgültig in den Friedenszustand übergeführt worden. Es war in Artikel 440 des Friedensvertrages vorgesehen worden, daß ein erstes Protokoll über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden aufgestellt werden solle, sobald der Vertrag durch Deutschland einerseits und durch drei der hauptsächlich beteiligten Verbandsmächte anderseits, ratifiziert sein würde. Vom Augenblicke der Aufstellung dieses ersten Protokolles wird dann der Friedensvertrag in Kraft treten. Mit dem 10. Januar ist also der Friedenszustand eingetreten, aber noch nicht der allgemeine Friedenszustand, sondern nur der Friede zwischen den Mächten, die nach dem Protokolle den Friedensvertrag in der entsprechenden Weise ratifiziert haben. Der endgültige Friedenszustand ist also jetzt zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland eingetreten. Mit Amerika besteht formell noch kein Friedenszustand, aber es ist im hohen Grade wahrscheinlich, daß derselbe schon in den nächsten Tagen durch eine Erklärung der amerikanischen Regierung herbeigeführt werden wird. Bei dem Inkrafttreten des Friedensvertrages muß auch die Frage nach dem Völkerbunde ganz energisch auftauchen. Man erfährt nun aus Washington, daß der Präsident Wilson den Völkerbund in 14 Tagen einberufen will, und dann in der Völkerbundstagung noch eine Reihe von Fragen zu regeln denkt. Im übrigen ist die Lage die, daß Oesterreich, Ungarn und Bulgarien — ganz zu schweigen von der Türkei — noch nicht den Frieden haben und daß das Verhältnis Rußlands zu allen Staaten völlig ungeklärt bleibt. — Für Deutschland wird nunmehr durch den Friedensvertrag die Abtretung der im Vertrage festgesetzten Gebiete zur Tatsache, und das ganze Saarbecken kommt auf 15 Jahre unter die Verwaltung einer den Völkerbund vertretenden Regierungskommission. Elsaß Lothringen ist ja schon seit dem 11 November 1918 unter französische Oberhoheit gekommen, aber nach dem Artikel 51 des Friedensvertrages ist erst seit dem 10. Januar 1920 die eigentliche Abtretung Elsaß-Lothringens erfolgt. Kritische Zeiten werden wir aber auch noch erleben im Bezug auf die Frage der Abtretung deutschen Gebietes in den Grenzländern des Ostens und Nordens nach den Volksbestimmungen. Vierzehn Tage nach dem 10. Januar wird von einer gemischten Kommission weiterhin die Grenze zwischen Polen und Deutschland festgelegt. Innerhalb zweier Jahre vom Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages an können die deutschen Reichsangehörigen, welche mehr als 18 Jahre alt sind und ihren Wohnsitz in einem der als polnisch anerkannten Gebiete haben, für Deutschland optieren. Auch die Freie Stadt Danzig wird vom 10. Januar an für sich bestehen und unter den Schutz des Völkerbundes gestellt. Gewisse Teile Schleswigs müssen nunmehr von Deutschland geräumt werden. Spätestens drei Wochen nach erfolgter Räumung soll zur Abstimmung geschritten werden. Alle Kolonien sind nun endgültig für Deutschland verloren. Trotz dieser entsetzlichen Folgen des Friedensvertrages darf Deutschland nicht verzagen und muß eine neue Grundlage für seinen Wiederaufbau zu erringen suchen. Einige Vorteile im Bezug auf den freien Geschäftsverkehr und die Hebung der Valuta dürfte der Frieden ganz bestimmt bringen.

An die deutsche Bevölkerung der aus dem Reichsverband ausscheidenden Landesteile.

WTB. Berlin, 10. Januar. Der Reichspräsident und die Regierung haben folgende Kundgebung erlassen:

Der unglückliche Ausgang des Krieges hat uns wehrlos der Willkür der Gegner preisgegeben und legt uns unter dem Titel des Friedens die schwersten Opfer auf. Das schwerste aber, das man uns aufzwingt, ist der Verzicht deutscher Gebietsteile im Osten, Westen und Norden. Unter Nichtachtung ihres Rechtes auf nationale Selbstbestimmung werden Hunderttausende deutscher Volksgenossen fremder Staatsgewalt unterstellt.

Deutsche Brüder und Schwestern! Nicht nur in der Stunde des Abschieds, sondern immerdar wird die Trauer über diesen Verlust unsere Herzen erfüllen, und wir geloben Euch im Namen des gesamten deutschen Volkes, daß wir Euch nimmer vergessen werden. Auch Ihr werdet das gemeinsame deutsche Mutterland nicht vergessen. Dessen sind wir gewiß. Ueber die zerrissene Staatsgemeinschaft hinaus werden Eure Herzen Treue halten der deutschen Stammes- und Kulturgemeinschaft, die der Nährquell Eures geistigen Lebens war und jederzeit bleiben wird.

Seien wir uns in dieser schweren Stunde des Verlustes des Köstlichen bewußt, was uns als gemeinsames Gut bleibt, was keine fremde Macht uns rauben kann. Gemeinsam bleibt uns die Sprache, die uns die Mutter lehrte; gemeinsam die Welt der Gedanken, der Worte, der Töne, der Bilder, in denen die großen Geister unseres Volkes nach dem höchsten und ewigsten Ausdruck deutscher Kultur gerungen haben. Mit allen Fasern unseres Denkens, unseres Liebens und ganzen Seins bleiben wir verbunden.

Was von unserer Seite geschehen kann, um Euch die Muttersprache, die deutsche Eigenart, den innigen geistigen Zusammenhang mit dem Heimatlande zu erhalten, das wird geschehen. Wie es schon, soweit Verhandlungen möglich waren, unsere vornehmste Sorge war, Euch trotz der Trennung Eure nationalen Lebensrechte zu bewahren, so werden wir nicht auf hören, dafür einzutreten, daß die vertraglich gegebenen Zusagen gehalten werden. Unsere Schulen aber und alle unsere Einrichtungen für die Bildung des Geistes, für die Pflege der Wissenschaften und Künste, sollen Euch auch fernerhin wie bisher offen stehen. Herüber und hinüber soll jeder Austausch gepflegt und jedes seelische Band geschützt und gestärkt werden. Der unermeßliche und unversiegbare Schatz an geistigen Gütern, den das deutsche Volk besitzt, gehört Euch mit. Seine nationale Bindekraft wird sich bewähren.

Seit Jahrhunderten schon war es das Schicksal unseres Volkes, daß zahlreiche Deutsche außerhalb des deutschen Staatsverbandes unter fremder Herrschaft gestanden haben. Wo auch immer inmitten fremden Volkstums ihre Siedlungen standen, sie haben die deutsche Eigenart und den geistigen Zusammenhang mit dem Mutterlande in den schwersten Zeiten bewahrt und die Kraft ihrer nationalen Kultur über weite Gebiete ausgestrahlt. Ihre Arbeit wird Euch vorbildlich sein für die schwere Aufgabe, die ein herbes Geschick Euch auferlegt. Deutsche Herzen verzagen nicht und deutscher Wille findet den Weg, sich zu behaupten. Seid gewiß, daß unsere Teilnahme, unsere Sorge und unsere heiße Liebe Euch unverbrüchlich erhalten bleiben!

In diesem gegenseitigen Vertrauen wollen wir in der schwersten Stunde der äußeren Trennung uns unserer unlösbaren inneren Gemeinschaft in erhöhtem Maße bewußt werden. Ueber alle Grenzpfähle hinaus bleibt das deutsche Volkstum ein einziges Ganzes. Seid stark mit uns in dem Glauben: das deutsche Volk wird nicht untergehen. Aus der tiefen Trübsal dieser Tage wird es sich emporarbeiten; von der schwer errungenen freiheitlichen Grundlage aus wird es durch Entfaltung aller guten Kräfte den Aufstieg gewinnen zu höchster politischer, wirtschaftlicher und sozialer Kultur.

Volksgenossen! Mit der gewaltsamen Trennung ist Euch und uns hartes Unrecht geschehen. Das Recht der Selbstbestimmung ist der deutschen Bevölkerung versagt worden. Wir werden die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch Euch eines Tages dieses nationale Grundrecht zugesprochen werden wird. Darum wollen wir, uns trotz allen Schmerzes von Hoffnung und Zuversicht in dieser Abschiedsstunde zurufen: Treue um Treue! Für das Recht unseres Volkstums wollen wir miteinander einstehen allezeit und mit ganzer Kraft.

Nach dem Friedensschlusse.

Das Urteil des Auslandes.

Aus Holland und Skandinavien liegen die schärfsten Urteile über den Versailler Vertrag bereits vor. Es wird richtig in ihnen hervorgehoben, wie sinnlos und widerspruchsvoll der Vertrag sei. Indem er Deutschland Knebel und Fesseln anlegt, unterbindet er die Kräfte, die vor allem Frankreich zum Wiederaufbau notwendiger braucht als Deutschland. Besondere Beachtung verdient, was der frühere norwegische Staatsminister Michelsen über die klägliche Rolle Wilsons äußert. Das rollt die diplomatische und politische Geschichte des Krieges wieder auf. Gerade die Neutralen waren es, die auf Wilson bauten und ihn für den unzerstörbaren Felsen in der Brandung hielten. Wilson hat sich die 14 Punkte in Paris von Clemenceau und Lloyd George zertrümmern lassen. Das bedeute aber nicht nur eine persönliche Niederlage des Präsidenten; vielmehr einen Schlag ins Gesicht des amerikanischen Volkes.

Wilson reist als dessen Bevollmächtigter nach Paris, nachdem er seit Jahr und Tag sich als den Herkules bezeichnet hatte, der die machtpolitischen Streitfragen für immer im Sinne des Rechts und der Freiheit aller Völker schlichten würde. Allein Wilson hat die und die Freiheit der Völker einfach preisgegeben. Ist es nicht an sich eine herbe Verurteilung des Versailler Werkes, daß Hoover den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich für unbedingt notwendig hält? Hoover hat die wirtschaftlichen Zusammenhänge Mitteleuropas geprüft, um auf Grund dieser Prüfung zu erkennen, daß die Lösung eines scheinbar unabhängigen Deutsch-Oesterreichs auf die Dauer nicht zu halten sei. Die Vereinigten Staaten sind grundsätzlich sicher nicht abgeneigt, die mitteleuropäische Wirtschaftsmaschine wieder in Gang zu bringen. So gleichgültig ihnen das Schicksal der Deutsch-Oesterreicher ist, so interessiert sind sie daran, daß Europa nicht völlig zerfällt. Ist hier ein Weg der Rettung?

Allerdings sind der französische Nationalismus und der britische Imperialismus einstweilen übermächtig. Wie völlig sich Briten und Franzosen als Herren fühlen, das zeigt ja die Verfassung, die in den besetzten Gebieten verhängt worden ist. Diese Verfassung ist nichts anderes wie die Verkündigung des Kriegsrechts, und gerade das hat im neutralen Ausland einen betäubenden Eindruck hervorgerufen, denn das Kriegsrecht verletzt nicht nur deutsche, sondern auch die Lebensfragen aller anderen Völker.

Ein holländisches Blatt ruft dem Verband warnend zu, Deutschland nicht zugrunde zu richten, aber das ist den Siegern tausend und einmal auseinandergesetzt worden, daß ein zerbrochenes Deutschland nichts bezahlen kann. Die Folgen des Versailler Werkes zeigen sich ja nicht heute, sondern morgen

und in immer wachsendem Maße in den kommenden Tagen, Monaten und Jahren. Deutschland kann nicht mehr leisten, als es an Händen und Füßen gefesselt hervorzubringen vermag. Das wird nicht reichen, um das verschuldete und verarmte Frankreich vor dem Zusammenbruch zu retten. Die Sieger rüsten sich nicht ein Fest, sondern den Untergang, wenn sie die Klammern der europäischen Völkerherrschaft lösen.

Das Ausland hat ein Empfinden dafür, daß die Willkür der Sieger nicht den Besiegten schändet und, soweit es klar im Urteil und frei im Entschluß ist, steht das Ausland mit Grauen, was das Versailler Werk aus Europa gemacht hat und zu machen droht. Allein züngeln nicht Flammenzeichen überall empor? Der Versailler Vertrag ist das Werk Clemenceaus und Lloyd Georges. Beide sind Angehörige der keltischen Rasse, die als solche dem Untergang geweiht ist. Noch einmal bäumt sich die Kraft dieser Rasse vor dem Verschwinden auf, nicht um Europa Segen zu spenden, sondern um es dem Untergang zuzutreiben.

Günstige Wirkung der Lieferungsprämien.

Sicherstellung des Brotgetreides aus der Einfuhr.

Wtb. Berlin, 10. Januar. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt unter anderem: Was die augenblickliche Lage anlangt, so soll nicht geleugnet werden, daß sie, wenn man lediglich die Lagerbestände der Reichsgetreidestelle ins Auge faßt, bedenklich erscheinen könnte. In sachlicher Hinsicht darf nicht vergessen werden, daß aus den jeweils bereits in den Händen der Reichsgetreidestelle befindlichen Vorräten nicht zu weitgehende Schlüsse gezogen werden können. Es sind in jedem Fall, auch die Anbietungen in Betracht zu ziehen, die bei der Reichsgetreidestelle vorliegen. Nach den in den letzten Tagen bei der Reichsgetreidestelle eingelaufenen Meldungen läßt sich eine allmähliche Steigerung der täglichen Andiemung feststellen. Man wird darin bereits den Beweis der Wirkung der Ablieferungsprämien zu sehen haben. Daraus ergibt sich die begründete Aussicht, daß auch weiterhin die Brotgetreideversorgung durchaus als gesichert betrachtet werden kann. Es ist dabei noch besonders in Betracht zu ziehen, daß in jedem Versorgungsjahr die Hauptablieferungszeit auf die zweite Hälfte des Januar und die ersten Wochen des Februar fiel.

Was den weiteren Verlauf der Versorgung bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres anbelangt, so ist niemals ein Hehl daraus gemacht worden, daß wir mit dem Ergebnis der deutschen Ernte nicht über das ganze Versorgungsjahr ausreichen werden. Die Getreide- und Brotversorgung für das Frühjahr und den Sommer wird also nicht nur abhängig von der weiteren Durchführung der innerdeutschen Ablieferungsmaßnahmen, sondern auch von dem Ertrage der zunächst im Monat Januar und Februar zur Abernteung kommenden überseeischen Getreide-Erträgnisse. Um aus diesen die für Deutschland notwendigen Ernährungsbeträge hereinzuholen, bedarf es aber auch der Bereitstellung von entsprechenden Zahlungsmitteln. Auch dies ist bereits in die Wege geleitet. Die kurz vor Jahresschluß gepflogenen Verhandlungen über die Ausfuhrkontrolle ermöglichten seither nicht nur die Einschränkung des sogenannten deutschen „Ausverkaufs", sondern auch einen klaren Ueberblick über die Ausfuhrmengen und Ausfuhrwerte, damit aber auch einen Ueberblick und eine gewisse Verfügungsmöglichkeit über die dadurch geschaffenen Devisenwerte. Die Anträge für Ausfuhrgenehmigungen bei den Außenhandelsstellen sind bereits jetzt sehr rege. Es werden sich also auch auf diese Weise, vorausgesetzt, daß die innerdeutsche Arbeitskraft und Arbeitslust nicht durch neue Forderungen geschwächt oder gar unterbunden wird, ohne Zweifel Mittel schaffen lassen, um für den Rest des Versorgungsjahres die benötigte Getreidemenge aus der Einfuhr sicherzustellen.

Die Nationalschulden Frankreichs.

KFZ. Die Pariser Zeitungen stellen nach den Angaben der Finanzkommission der Deputiertenkammer fest, daß Frankreich eine Nationalschuld von 207 Milliarden Frank hat. Wenn man bedenkt, daß Frankreich trotz der Wiedereroberung Elsaß-Lothringens immer noch mindestens 20 Millionen weniger Einwohner als Deutschland besitzt, so muß die Verschuldung Frankreichs infolge des Weltkrieges fast noch größer erscheinen als diejenige Deutschlands.

Der Kommunismus in Amerika.

KFZ. Die Londoner Zeitungen wollen bestimmt erfahren haben, daß in den großen amerikanischen Städten der Kommunismus eine geheime, aber fieberhafte Tätigkeit entfalte, um die Arbeiterschaft für seine Ideen zu gewinnen und einen Generalstreik durchzusetzen.

„Europa muß an die Arbeit gehen!"

Wtb. Rotterdam, 9. Januar. Wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" aus London meldet, erklärte Hoover in seiner Botschaft über die finanziellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse Europas. Europa müsse an die Arbeit gehen, statt auf die Vereinigten Staaten zu rechnen.. Die Bedürfnisse Italiens würden geringer sein, wenn es sein Heer und seine Flotte demobilisiere. Wie er wisse, drohe niemand Italien. Oesterreich sei der mitgenommenste Staat Europas. Die Verbündeten müßten zur Einsicht gebracht werden, daß Oesterreich frei sein muß, politische Bündnisse einzugehen, durch die es aus dem „ewigen Armenhaus erlöst wird. Wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet, wird die Erklärung Hoovers wahrscheinlich sowohl dem Kongreß als auch der amerikanischen Geschäftswelt als Richtschnur für ihre finanziellen Beziehungen mit Europa während der Wiederherstellungszeit dienen. Die Bedeutung der Erklärung Hoovers kann daher nicht unterschätzt werden, vor allem weil Hoover von seinen Anhängern als Präsidentschaftskandidat, der sowohl für die Republikaner als auch für die Demokraten annehmbar ist, bezeichnet wird.

Nachrichten

übermittelt von Wolff's Telegraphen-Büro.

Ausschreitungen gegen die Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 13. Januar. Infolge der Ausschreitungen gegen die Nationalversammlung sind auf Seiten der Sicherheitswehr 2 Tote und 2 Vermißte, die anscheinend verschleppt worden sind, und 10 Verwundete zu beklagen. Auf Seiten der Angreifer wurden bisher 20 Tote und 40 Verwundete gezählt.

WTB. Berlin, 13. Januar. Es ist dafür gesorgt, daß außer dem Reichstag auch alle übrigen öffentlichen Gebäude hinlänglich gegen jegliche Belästigung geschützt sind. Ebenso ist veranlaßt, daß der öffentliche Verkehr unter keinen Umständen irgendwie gestört wird. Alle lebenswichtigen Betriebe werden nötigenfalls durch die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bestimmten Organe gesichert.

WTB. Berlin, 13. Januar. Der Reichswehrminister (gez. Noske) erläßt folgende Bekanntmachung: Als Inhaber der vollziehenden Gewalt für Berlin und Brandenburg verbiete ich auf Grund der Verfügung des Herrn Reichspräsidenten gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung vom 13. Januar 1920 Druck und Vertrieb der Zeitung „Die Freiheit", sowie der beiden Zeitungen „Die Rote Fahne" im Gebiete des Ausnahmezustandes.

WTB. Berlin, 13. Januar. Ueber die bedauerlichen Vorgänge vor dem Reichstagsgebäude erhalten wir folgenden authentischen Bericht: Die Demonstrationen vor dem Reichstag verliefen bis gegen 3 bis 4 Uhr verhältnismäßig ruhig. Zu dieser Zeit versuchten an der linken Seite des Portals mehrere Männer in Matrosen-Uniform, gegen die Auffahrt vorzudringen, indem sie auf die steinerne Brüstung sprangen und den Sicherheitswehrleuten, die sie zurückdrängen wollten, Widerstand leisteten. Die nachfolgende Menschenmenge drang immer weiter vor. Sie besetzte die linke Auffahrt und machte Anstalten, noch weiter vorzudringen. Die Lage der Sicherheitsmannschaften wurde plötzlich sehr bedrohlich. Mehrere Mannschaften wurden von der Menge entwaffnet, mißhandelt, mit Füßen getreten und zum Teil weggeschleppt. Wie von Abgeordneten der Nationalversammlung, Beamten des Reichstages und von Pressevertretern bezeugt wird, hat dann ein Mann von der Freitreppe aus mit einem der Gewehre, die den Sicherheitsmannschaften abgenommen waren, mehrere Male geschossen. Zwei weitere Schüsse schlugen durch die doppelte Tür des Portals. Der Anschlag ist in der gegenüberliegenden Bank der Rotunde zu sehen. Ein Sicherheitswehrmann, der sich im Vorraum zwischen der Rotunde und dem Hauptportal nach dem Königsplatz zu befand, wurde durch einen Schuß verwundet. Die am Königsplatz versammelte Menge setzte ihren Versuch, in das Reichstagsgebäude einzudringen, mit größtem Nachdruck fort, wobei es zu wüsten Szenen kam. Den bedrohten Mannschaften vom Portal 1 wurde Verstärkung von den Seitenportalen gewährt. Die erste Verstärkung, die vom Portal 2 vorgeschickt wurde, wurde von der Menge angegriffen, entwaffnet und mißhandelt. Als dann die Menge gegen das Portal 2 gleichfalls vorging und die Sicherheitsmannschaften in der Simson-Straße in höchster Gefahr waren, blieb die Aufforderung des wachhabenden Offiziers, zurückzugehen, da sonst geschossen werde, ohne Erfolg. Die Sicherheitspolizei sah sich alsdann genötigt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Hätte sie noch wenige Sekunden gezögert, so wäre sie von den Angreifern überwältigt und entwaffnet worden. Da die Menge sofort auseinanderstob, wurde das Feuer nach einer Viertelminute eingestellt. Um dieselbe Zeit wie am Portal 2 sah sich auch am Portal 1 die durch Portal 5 verstärkte Besatzung genötigt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

WTB. Berlin, 13. Januar. Die preußische Staatsregierung erläßt eine Verordnung, nach der nach dem heutigen Erlaß des Reichspräsidenten der Belagerungszustand in Preußen aufgehoben ist.

WTB. Berlin, 13. Januar. Der deutsch-polnische Vertrag über die vorläufige Regelung von Beamtenfragen ist als Ergebnis der in Paris geführten Verhandlungen bereits mit dem Tage der Ratifikation des Friedens, also am 11. Januar in Kraft getreten.

WTB. London, 13. Januar. Der Dampfer „Malava" geht Ende der Woche mit der zur Ueberwachung der Durchführung der Marinebestimmungen des Waffenstillstandsvertrages eingesetzten Marinekommission unter Admiral Charlson von Pourtsmouth nach Kiel.

WTB. Washington, 12. Januar. Reuter. Das Staatsdepartement teilt mit, daß Wilson beschlossen habe, formelle Einladungen zur ersten Sitzung des Völkerbundes ergehen zu lassen, die wahrscheinlich heute abgehen werden.

WTB. Annapolis, 13. Januar. Funkspruch. Newyork World meldet, daß sich 30 demokratische Senatoren schriftlich verpflichtet haben, in der Frage der Ratifikation des Friedensvertrages zugunsten eines Vergleichs zu stimmen und daß 35 republikanische Senatoren ebenfalls für einen Vergleich stimmen werden.

WTB. Haag, 13 Januar. Nieuwe Courant meldet aus Washington, daß die Vereinigten Staaten die Absicht haben, in San Diego in Kalifornien eine große Marinestation zu errichten.

WTB. Washington, 13. Januar. Im Haushaltsausschuß des Repräsentantenhauses sagte Hoover, Amerikas Aufgabe, Europa bis zur nächsten Ernte mit Lebensmitteln zu versorgen, bedeute eine schwere Bürde. Während im vergangenen Jahre die Vereinigten Staaten Europa in der einen oder anderen Form 2250 Dollar vorgeschossen haben, wären im gegenwärtigen Jahre Kredite von 150 bis 200 Millionen ausreichend.

WTB. Helsingfors, 13. Januar. Einem bolschewistischen Funkspruch zufolge ist Koltschak mit seinem ganzen Stabe gefangen genommen worden. Nowotscherkask wurde von den Bolschewisten erobert.

WTB. Kopenhagen, 13. Januar. Nach einer Meldung des hiesigen lettischen Pressebüros sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen Estland und Lettland über die Grenze durch eine Kommission der beiden Oberbefehlshaber beigelegt worden. Zur endgültigen Regelung der Grenzverhältnisse ist in Reval eine Konferenz zusammengetreten.

WTB. Essen, 13. Januar. Die streikenden Eisenbahner haben in einer spät abends abgehaltenen Versammlung beschlossen, im Ausstande weiter zu beharren.

WTB. Dresden, 13. Januar. Vertreter der sächsischen Eisenbahnarbeiter hatten heute eine Aussprache mit dem Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer, dem sie ihre Forderungen unterbreiteten, wobei sie betonten, es müsse schnell geholfen werden, wenn nicht der in Chemnitz und Leipzig angekündigte Ausstand der Eisenbahner schon am Mittwoch ausbrechen solle. Der Ministerpräsident legte in längeren Ausführungen die wirtschaftliche und finanzielle Gesamtlage dar und formulierte nach weiterer Aussprache schließlich den Standpunkt der Regierung in folgenden Sätzen: 1. Die Löhne sollen bis zur tariflichen Neuregelung um 50 Prozent erhöht werden mit Rückwirkung vom 1. Januar. 2. Falls Preußen weiter geht in der Erhöhung, soll Sachsen sich anschließen. 3. Die Auszahlung der erhöhten Löhne für die Zeit vom 1. Januar ab soll am Freitag, den 16. d. Mts. erfolgen. 4. Die Tarifverhandlungen sollen baldigst weitergeführt werden, wobei in Uebereinstimmung mit dem Reiche zu verfahren ist. Die Vertreter der Eisenbahner wollen als Vorschläge der Regierung ihren Kollegen zur Annahme empfehlen.

Meldungen aus den Berliner Morgenblättern.

Berlin, 15. Januar. Privattelegramm. Daß in der deutschen Parlamentsgeschichte die gestrigen Vorgänge vor und im Reichstagsgebäude nicht ihresgleichen haben, wird, wie vom Berliner Tageblatt ebenso auch von den anderen Morgenblättern festgestellt, das wie ein Ringen um den Besitz des Hauses war, zu dem der Ansturm auf das Reichstagsgebäude das Signal gab.

Die vorjährigen Schreckens-Januartage, schreibt die Vossische Zeitung, sind noch nicht vergessen, und wieder ist in Berlin Blut geflossen, von deutschen Bürgern im Waffenrock und im Arbeitskittel. Dieses Blut muß die Unabhängige Sozialdemokratie zu ihren Lasten tragen, die im Anfang der Revolution ein jedes Menschenleben für ein Heiligtum erklärte.

Es war ein politisches Verbrechen, schreibt der Vorwärts, es war eine Schurkentat, die 50 und mehr unschuldige Menschen mit ihrem Blute bezahlen mußten. Die schuldigen Verbrecher, das sind die putschistischen Hetzer, die sich der Demonstration bemächtigten, die die Massen zur Siedehitze aufstachelten und dann die Sache dem dunklen Gesindel überließ, das überall mitläuft, um sich führerloser Massen zu bemächtigen und an ihrer Spitze wilde Triebe auszutoben.

Die Regierung hat, wie in der Vossischen Zeitung gesagt wird, die Pflicht, die Arbeiten des Parlaments zu schützen. Das Wesen der Demokratie besteht nicht darin, daß jeder Bürger in jedem beliebigen Moment tun darf, was ihm gerade einfällt. Der Demokrat hat die Form zu achten, die er selbst sich gesetzt hat.

Noch in der achten Abendstunde hatten sich, wie die Morgenblätter berichten, in der Umgebung des Reichstagsgebäudes wie am Potsdamer Platz größere und kleinere Gruppen gebildet, vor denen unabhängige Straßenredner Ansprachen hielten. Gegen neun Uhr waren die Straßen im Innern der Stadt wie ausgestorben.

Wie die P. P. N. erfahren, hätten sich die Unabhängigen bereit erklärt, die Verhandlungen der Nationalversammlung nicht weiter zu stören und hätten diesen Beschluß den übrigen Fraktionen noch im Laufe des Abends mitgeteilt.

Wie der Lokal-Anzeiger mittellt, werde von gewissen Kreisen der Unabhängigen bestritten, daß eine bindende Erklärung nach dieser Richtung abgegeben sei.

In der Nordschau liest man: Heute hört das Herumstehen auf, heute ist wieder Belagerungszustand. Die Regierung handhabt die Mittel des alten Systems, die das alte System selbst in seiner Weitherzigkeit verabsäumt hat.

Der Reichsschatzminister Mayer reichte laut Germania infolge des Austritts der bayrischen Volkspartei aus der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung seine Entlassung ein.

Lokales.

?? Namslau, 14. Januar. (Mittelschlesischer Städtetag.) Im Landeshause zu Breslau hielt der Mittelschlesische Städtetag am 10. d. M. seine 12. Jahresversammlung unter Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Herrmann—Gottesberg (früher in Bernstadt) ab. Als Gäste wohnten der Versammlung bei: die Herren Oberpräsident Philipp, Landeshauptmann v. Thaer, Regierungsrat Hammerstein, Oberregierungsrat Koeppel, Bürgermeister Charbonnier—Liegnitz, als Vertreter Niederschlesiens, und Bürgermeister Lange—Neustadt, als Vertreter der oberschlesischen Städte. Nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden dankte der Herr Oberpräsident Philipp den Verwaltungen der schlesischen Mittel- und Kleinstädte für die während der Kriegsjahre gerade auf dem Gebiete der Volksernährung geleistete treue Mitarbeit. — Wie aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Geschäftsberichte zu ersehen ist, gehören dem Mittelschlesischen Städtetage 45 Städte an, zu denen in jüngster Zeit drei weitere Kommunen traten. Der im Jahre 1917 gegründeten provinziellen Ruhegehaltskasse für Gemeindebeamten gehören bereits 7 Kreise und 30 Städte an. Im Interesse einer gegenseitigen Verständigung und Aussprache, sowie zur Ueberwittlung der in den einzelnen Städten erzielten Erfahrungen werden vierteljährlich Bürgermeisterkonferenzen abgehalten. Sie waren ursprünglich nur für die Kriegsjahre bestimmt, sollen aber dauernd beibehalten werden. Den Kassenbericht erstattete Herr Bürgermeister Beckstein—Neurode. — Nach Entlastung des Vorstandes hielt der Vorsitzende des Bundes deutscher Bodenreformer, Herr Privatdozent Dr. Damaschke—Berlin, einen Vortrag über: „Die Bedeutung der Bodenreform und Heimstättenfrage über den Neuaufbau des Reiches." Sodann sprach Herr Bürgermeister a. D. Wollenberg, Direktor der Breslauer Baugesellschaft „Schlesisches Heim", über „Baufragen der Gegenwart." — Die Hauptpunkte seiner Ausführungen wurden in einer Entschließung niedergelegt, die einstimmige Annahme fand. — Darauf sprach Herr Architekt Henry—Breslau über „die Beteiligung der freien Architektenschaft an der den Städten und Siedlungsgesellschaften obliegenden Aufgabe zur Beseitigung der Wohnungsnot," woran sich eine längere Aussprache schloß. — Die vom Vorstande vorgeschlagene Aenderung der Satzungen, wonach dem Mittelschlesischen Städtetage nicht nur Städte unter 25000 Einwohner, sondern auch größere Kommunen beitreten können, wurde einstimmig angenommen. — Bei der Vorstandswahl wurde als stellv. Vorsitzender Herr Stadtverordnetenvorsteher Hanke—Wohlau neu — die anderen bisherigen Mitglieder wiedergewählt. — Als nächster Tagungsort wurde Münsterberg in Aussicht genommen.

△ (Heerespferde für die Landwirtschaft.) Zwischen dem Reichswirtschafts- und dem Reichswehrministerium fanden vor kurzem Besprechungen statt, die sich auf die Abgabe der durch die Verminderung des Heeres freiwerdenden Pferdebestände bezogen. Es wurde vereinbart, daß bei der Verteilung dieser Pferde in erster Linie nach Möglichkeit solche landwirtschaftlichen

Betriebe berücksichtigt werden sollen, die bei der Lieferung der gemäß dem Friedensvertrage an die Entente abzugebenden Pferde herangezogen wurden. Man hofft auf diese Weise die schädlichen Wirkungen der Pferdeabgabe an die feindlichen Mächte herabzumindern.

= (Fußballsport.) Am Neujahrstage standen sich die Fußballmannschaft der Spielabteilung des M. T. V. (A. B.) und eine aus allen 4 Mannschaften zusammengestellte, trotzdem aber nicht vollständige Mannschaft des S. C. „Preußen", in einem Freundschaftsspiel gegenüber. Die Turner gewannen knapp mit 3:2. — Sonntag, den 4. d. Mts. fand das Retourspiel statt. S. C. „Preußen" II.—M. T. V. (A. B.) I. Die „Preußen" machten ihre am Neujahrstag erlittene Schlappe mit einem Siege über die Turner von 6:0 wieder gut. — Am Sonntag, den 12. d. M. standen sich die kombinierte 1. und 2. Mannschaft des Reichswehr Regt. 15 und die 1. und 2. Mannschaft des S. C. „Preußen" in einem Wettspiel gegenüber. Das Spiel, das sehr interessant zu werden versprach, litt sehr unter den schlechten Platzverhältnissen. Viel günstige Momente mußten unausgenutzt bleiben. Das Spiel wogte von einem Tor zum andern; endlich gelang es dem Mittelläufer vom S. C. „Preußen" Mende das erste Mal einzusenden. Die Militärmannschaft stößt an, der Ball wird ihnen jedoch abgenommen und nach geschickter Kombination kann Sosnitza für seine Farben das 2. und bald darauf das 3. Tor buchen. Mit diesem Resultat geht es in Halbzeit. Nach dieser spielen die Gäste bedeutend eifriger und bedrängen das Tor der Heimischen sehr heftig. Es gelingt ihnen, dank der guten Preußenverteidigung, nichts Zählbares zu erreichen. Der Ball wird vom Preußensturm vor das Tor der Gäste gebracht, die Verteidigung überspielt und Gornig sendet zum 4. Male ein. Kurz vor Schluß erringt die Militärmannschaft ihr erstes und einziges Tor. Der Schlußpfiff des Schiedsrichters trennt die Mannschaften mit dem Resultat von 4:1 für S. C. „Preußen".

= (Wintervergnügen.) Der erst vor einigen Monaten gegründete Kegel-Klub „Blitz" veranstaltete am vergangenen Sonnabend bei Grimm ein Wintervergnügen, an dem auch Gäste in großer Zahl auf ergangene Einladung teilnahmen, denen die feine Aufmachung der Veranstaltung wohlgefiel. Der Vorstand hatte, zu seinem Ruhme sei es gesagt, aber auch alles aufgeboten, den Erschienenen einige angenehme Stunden zu bereiten. Bereits um 6 Uhr nahm das Vergnügen seinen Anfang; in lustigem Reigen schwirrten die Paare durch den Saal. Nach etwa 2½ Stunden gelangten zwei Theaterstücke — Einakter, der zweite mit eingestreuten Couplets — zur Aufführung, große Heiterkeit auslösend. Sämtliche Debütanten leisteten Ausgezeichnetes und heimsten reichen Beifall ein. Den theatralischen Darbietungen folgte eine Verlosung, die mit Spannung verfolgt wurde.

Tätigkeitsbericht des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder in Namslau.

Während der Jahre 1914—1919 wurden in der Civil-Kranken-Abteilung 2061 Kranke verschiedener Religionsbekenntnisse aufgenommen. Von diesen gelangten 1748 als geheilt, 150 als gebessert und 19 als ungeheilt zur Entlassung. Gestorben sind 104 Personen, von denen 12 in sterbendem Zustand eingeliefert wurden. Die Zahl der Verpflegungstage beträgt 59 128, wonach auf jeden Kranken 29 Verpflegungstage entfallen. In Behandlung blieben am Ende des vergangenen Jahres 27 Kranke.

Bald nach Beginn des Krieges wurde auch in Namslau ein Reserve-Lazarett zur Aufnahme verwundeter und kranker Krieger errichtet und in drei Abteilungen: Krüppelheim mit 100, Krankenhaus mit 40, und Villa Haselbach mit 20 Betten untergebracht. Für Verstärkung der vorhandenen Pflegekräfte wurde dadurch Sorge getragen, daß in den beiden erstgenannten Krankenhäusern je ein Ausbildungskursus in der Krankenpflege für Damen abgehalten und von den Herrn Anstaltsärzten geleitet wurden. Bald jedoch erwies sich die anfängliche Bettenzahl im Krüppelheim als unzureichend u. es erfolgten mehrfach Vermehrungen der Lagerstellen bis auf 215. Von ganz besonderer Bedeutung war für die Anstalt das Vorhandensein einer medico-mechanischen- und elektrotherapeutischen Einrichtung, die nach dem stetigen Bedürfnis erheblich vermehrt und verbessert wurde. Es gelangten daher vorzugsweise Fälle mit versteiften Gliedmaßen und Nervenlähmungen zur Aufnahme und Behandlung.

Verpflegt wurden insgesamt 4161 Heeresangehörige, von denen 3308 als geheilt, 728 als gebessert und 8 als ungeheilt zur Entlassung kamen.

Gestorben sind 41 Kriegsteilnehmer, größtenteils russische Kriegsgefangene, an Grippe-Lungenentzündung. Die Verpflegungstage belaufen sich auf 239 118 Tage. Am 31. Dezember 1919 verblieb hier ein Bestand von 76 Personen.

Obwohl der Krieg nun beendet und der Friede ratifiziert ist, verbleibt der Anstalt noch immer eine bedeutende Aufgabe beschieden, nämlich an der Heilung der Kriegsschäden mitzuwirken.

Mit innigem Dank gegen Gott blicken wir daher auf die verflossenen Berichtsjahre zurück, in denen es uns durch Mitbilfe edler Menschenherzen möglich gewesen ist, in Ausübung christlicher Caritas für das Wohl leidender Mitmenschen tätig zu sein.

Eine angenehme Pflicht ist es daher für uns, an dieser Stelle den hohen Behörden, den Herren Aerzten und Pflegeschwestern, die während der Zeit rastlos und unermüdlich tätig waren, dem Vaterländischen Frauen-Verein Namslau, sowie allen Freunden und Wohltätern der Anstalt, die durch Liebesgaben aller Art an dem gemeinsamen Werk sich beteiligt haben, innigsten und herzlichsten Dank auszusprechen. Der allgütige Gott möge allen ein reicher Vergelter sein.

Mit dem neuen Jahr sind neue drückende Sorgen eingezogen. Groß sind die Anforderungen, die an ein neuzeitlich eingerichtetes Krankenhaus gestellt werden. Voll Vertrauen auf die göttliche Vorsehung, die sich oft edler Menschenfreunde bedient, um Gutes zu wirken, sprechen wir die hoffnungsvolle Bitte aus, daß auch im neuen Jahr der Anstalt neue Wohltäter zugeführt werden möchten.

Namslau, im Januar 1919.

Der Konvent der Barmherzigen Brüder.

Falsche Rosa 50 Markscheine!

Berlin, 10. Januar. Seit kurzem sind Nachbildungen der rosafarbigen Reichsbanknoten zu 50 Mark mit dem Datum des 21. 4. 1910 aufgetaucht. Die Nachbildungen sind hauptsächlich daran zu erkennen, daß die Riffelung des Papiers fehlt. Die Faserstreifen, die den Nachbildungen fehlen, sind durch eine gelbliche Tönung des Papiers oberflächlich nachgeahmt. Das Papier ist unregelmäßig beschnitten. Die Nummern bestehen aus verschiedenen großen und kleinen Typen mit abweichendem Schriftcharakter, und zwar sind die letzten drei Ziffern etwas kleiner als die anderen. Der Kreis in der Mitte der unteren Begrenzung zur Mittelguillioche ist unten rechts über dem zweiten „p" in der Unterschrift „v. Glasenapp" etwas abgeflacht. — Vor Annahme der Falschstücke mit obengenannten Kennzeichen wird gewarnt. W. T. B.

Auskunft für abstimmungsberechtigte Ost- und Westpreußen.

Das Schicksal großer Teile der Provinzen Ost- und Westpreußen hängt von der Stimmabgabe auch der im Reiche verstreut lebenden Landesbewohner ab. Nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages wird in Ostpreußen in folgenden Kreisen durch Volksabstimmung entschieden: Lyck, Lötzen, Oletzko, Johannisburg, Sensburg, Ortelsburg, Rössel, Allenstein-Stadt, Allenstein-Land, Osterode, im größeren Teile des Kreises Neidenburg mit Ausnahme des Südwestzipfels mit der Stadt Soldau. **In Westpreußen** erfolgt Volksabstimmung in den Kreisen Stuhm, Rosenberg, einem Teile von Marienwerder östlich der Weichsel, dem Teile von Marienburg östlich der Nogat. **Abstimmungsberechtigt ist:** In Ostpreußen jede Person ohne Unterschied des Geschlechts, die bei Inkrafttreten des Friedensvertrages das 20. Lebensjahr vollendet hat und in dem ostpreußischen Abstimmungsgebiet geboren ist oder dort seit einem noch festzusetzenden Zeitpunkt ihren Wohnsitz gehabt hat. In **Westpreußen** soll sich der internationale Ausschuß, der aus 5 von den Ententemächten ernannten Mitgliedern besteht, möglichst nach den für das ostpreußische Abstimmungsgebiet geltenden Bestimmungen richten. Es ist also anzunehmen, daß für die Abstimmungsberechtigung in Westpreußen das Vorhergesagte gilt. Aus diesen Bedingungen erwächst allen heimatliebenden Ost- und Westpreußen die Pflicht, am Tage der Abstimmung zugegen zu sein. Wie es bereits für Schleswig-Holstein und in den „Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier" geschehen ist, sollen nunmehr auch die Ost- und Westpreußen sich zusammenschließen, um alles über die Abstimmung Wissenswerte zu erfahren und freie Reise, Verpflegung und Unterbringung vermittelt zu bekommen. Die Heimat steht in schwerer Gefahr, von dem hochentwickelten deutschen Vaterlande losgerissen und der polnischen Unkultur preisgegeben zu werden. Jeder Ost- und Westpreuße, der diese Zeilen liest, wird die dringende Notwendigkeit empfinden, sich mit seinen Landsleuten zusammenzuschließen, um alle Vorbereitungen zu treffen. Die Zeit, in der das Vaterland durch die allgemeine Wehrpflicht geschützt werden konnte, ist vorüber, die allgemeine Wahlpflicht ist an deren Stelle getreten. Für Schlesien haben die „Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier" es übernommen, diesen Zusammenschluß der Ost- und Westpreußen zu fördern. Alle Abstimmungsberechtigten aus Ost- und Westpreußen, die in Schlesien sich aufhalten, werden gebeten, ihre Anschrift an die obengenannten Verbände (Abteilung J) mitzuteilen.

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier, Breslau I, Albrechtsstraße 30.

Provinzielles.

Breslau. Mehrere halbwüchsige Burschen drangen am Sonntag während des Gottesdienstes in die Kirche zu Neukirch ein, johlten, rauchten Zigaretten und benahmen sich in höchstem Maße unflätig. Kirchenbesucher setzten die Bengel an die frische Luft. Der Polizei gelang es, ihre Namen festzustellen.

Carlsmarkt. Der 16jährige Sohn des Häuslers Rumpel geriet im Krellschen Sägewerk in die Welle, wodurch ihm Hände und Füße gebrochen wurden. Nach wenigen Stunden erlag er seinen Verletzungen.

Ohlau. Durch eine Feier im Saale des „Rautenkrang" wurde die Volkshochschule eröffnet. — Mittels Einbruchs in die Detersche Zigarrenfabrik wurden u. a. 15 000 Stück Zigarren gestohlen.

Oels. Ostern 1920 werden in die hiesige Präparandenanstalt neue Schüler nicht mehr angenommen.

Waldenburg. Auf den Schwesternschächten der Glückhilfgrube in Hermsdorf verunglückte der Bergbauer Zepletinek zu Tode, indem er durch herabstürzendes Gestein verschüttet wurde.

Lüben. In Großkotzenau geriet das fünfjährige Söhnchen des Bäckermeisters Gall beim Schlittschuhfahren auf dem Schloßteiche an eine offene Stelle, kam unter das Eis und fand den Tod.

Landeshut. Die geplante Errichtung einer Volkshochschule ist gescheitert, da es nicht gelungen ist, die entsprechenden Dozenten zu gewinnen.

Gleiwitz. In den Hudschinskywerken geriet beim Rangieren der Arbeiter Jonda zwischen zwei Eisenbahnwagen und wurde derartig zerquetscht, daß er auf dem Transport zum Krankenhause verstarb.

Kattowitz. Ein hiesiger Bankbuchhalter ist nach Unterschlagung von 250 000 Mark flüchtig geworden.

Rosenberg. Aus dem Kontor der Zimmermeisters Pluschka wurde der Geldschrank mit 5000 Mark Inhalt geraubt.

Selbsthilfe in der Getreidebewirtschaftung.

Löwenberg, 11. Januar. Im „Weißen Roß" fand am **Dienstag voriger Woche eine Versammlung von Vertretern des Verbandes organisierter Landwirte, des Schlesischen Bauernvereins, der Mühlen und Bäckereien stattgefunden, die nach längerer Aussprache beschloß, sich von der Reichsgetreidestelle frei zu machen und die Bewirtschaftung des Kreises selbst zu übernehmen. Man hat daraus eine Verbilligung des 5-Pfund-Brotes um 30 Pfg. errechnet, obwohl der Landwirt 27 Mark (bisher 20 Mark) für den Roggen erhält.**

Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die Durchführung des Prämiennachzahlungssystems der Regierung auf Getreide ist einerseits vollkommen undurchführbar, andererseits hat sie eine unerhörte Erhöhung des Brotpreises zur Folge, die der Verbraucher tragen muß, ohne daß dabei die Allgemeinheit der Landwirte, der Erzeuger, in den Genuß der erhöhten Preise für Getreide treten kann. Die Versammelten erkennen als unabweisbare Notwendigkeit an, dieses Prämiennachzahlungssystem zu beseitigen. Der Kreis Löwenberg schreitet zur Selbsthilfe und wird das Pfund Brot mit 46 Pfg., d. h. das 5 Pfund-Brot mit 2,30 Mark verkaufen, obwohl er dem Landwirt, der bei 20 Mark für den Zentner Roggen bei der heutigen allgemeinen Teuerung nicht mehr produzieren kann, 27 Mark zahlt.

Bohnen- und Linsenverteilung.

Auf Abschnitt 10 der grünen Haushaltskarte für städtische Verbraucher gelangen Bohnen und Linsen zur Verteilung und zwar entfällt auf jeden Abschnitt ½ Pfund Bohnen oder Linsen. Der Preis ist auf 1,40 M. für das Pfund festgesetzt worden. Die Verbraucher werden aufgefordert, die Abschnitte bei den Kaufleuten und diese alsdann sofort dem Kreisausschuß einzureichen.

Namslau, den 13. Januar 1920.

Der Kreisausschuß.
gez. Sayur, Landrat.

Aufruf
an die Einwohnerschaft der Stadt Namslau zum Eintritt in die Einwohnerwehr.

Gegen die mit der schweren Lebensmittelnot zunehmende Unsicherheit, gegen die anwachsende Gefahr des Verbrechertums für Leben und Eigentum, gegen bewaffneten Aufruhr, Plünderungen, Bandendiebstähle sich selbst zu schützen, ist Pflicht und Recht der Einwohner.

Dieser Selbstschutz erfordert die Bildung von Einwohnerwehren. Die hier noch bestehende Ortswehr ist in die Einwohnerwehr übernommen.

Militär- und Polizeigewalt reichen nicht aus, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Darum ist es notwendig, daß die Bürgerschaft ohne Rücksicht auf Partei, Stand oder Beruf sich in der Einwohnerwehr fest zusammenschließt zum Schutz unserer Stadt, des Lebens und Eigentums des Einzelnen und der gemeinnützigen wirtschaftlichen Einrichtungen.

Meldungen werden im Rathaus, Zimmer 3, entgegengenommen.

Namslau, den 14. Januar 1920.

Der Magistrat
und die Stadtverordneten-Versammlung.
Der Ausschuß.

Graupenverteilung.

Auf Abschnitt 3 der grauen und roten Nährmittelkarten gelangen Graupen zur Verteilung, und zwar entfällt auf jeden Abschnitt ½ Pfund. Der Preis ist auf 70 Pfg. für das Pfd. festgesetzt. Die Verbraucher werden aufgefordert, die Abschnitte bei den Kaufleuten und diese alsdann sofort dem Kreisausschuß einzureichen.

Namslau, den 13. Januar 1920.

Der Kreisausschuß.
gez. Sayur, Landrat.

Namslau, den 12. Januar 1920.

Verkauf von Gänsemastfutter.

Der Verkauf von Gänsemastfutter ist außer dem Herrn Kaufmann Stwronek, dem Herrn Kaufmann Wendrich (Bagusche) und Herrn Kaufmann Gollnisch übertragen worden.

Der Kreisausschuß. Dr. Sayur, Landrat.

Sonntag, den 18. Januar, nachm. 2 Uhr im Saale von Grimms Hotel

Oeffentl. Versammlung

zur

Begründung einer Volkshochschule in Namslau.

Herr Universitätsprofessor Dr. Erich Obst aus Breslau spricht über

Die deutsche Volkshochschule.

Der vorläufige Ausschuß.
J. A. Dr. Sayur, Landrat.

Sonnabend, den 17. Jan., vorm. 10 Uhr
findet in
Grimms Hotel, Namslau, eine
außerordentliche

General-Versammlung

des land- u. forstwirtschaftlichen Arbeitgeberbundes des Kreises Namslau

statt. **Zahlreiches Erscheinen erwünscht.**

Tagesordnung:

1. Vorstandswahlen.
2. Aenderung des § 3 „Mitgliedschaft" (früher A) der Bundessatzungen.
3. Verschiedenes.

Strehlitz, den 14. Januar 1920.

Der Vorsitzende.
Bennecke.

Sonnabend, den 17. Januar, abends 8 Uhr im Schwuntekschen Saale in Böhmwitz

Oeffentlicher Vortrag

des Herrn Universitätsprofessor Dr. Obst
über

„Die politischen Grund-Probleme unserer Zeit".

Zur Deckung der Unkosten findet an den Saaltüren eine Tellersammlung statt.

Alle Kameraden des ehemaligen

Infanterie-Regiments 456

werden für **Sonntag, den 18. Januar 1920** zu einer **kameradschaftlichen Zusammenkunft** in das **„Burg-Restaurant"** (Rothert), **Brieg, Burgstr. 21** eingeladen. Frühschoppen 11 Uhr vorm. Beginn des festlichen Teils 3 Uhr nachmittags. **Erscheinen Ehrenpflicht!**

Mehrere Kameraden.

Statt Karten.

Hedwig Schikora
Paul Kegel

Ramslau — Verlobte. — Kreuzburg.

Für die beim Heimgange unserer guten Mutter und Grossmutter bewiesene Teilnahme und Kranzspenden sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Melz für die trostreichen Worte am Grabe.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Julius Albrecht u. Familie Bochnig.

Alte u. neue Gegenstände
in
Gold, Silber, Kupfer, Bronce und Messing

wie z. B. Figuren, Leuchter, Zuckerdosen, Zuckerzangen, ganze Service, Bestecks, Löffel, Dukaten, Münzen u. Medaillen **kauft stets zu anerkannt höchsten Preisen.**
Fachmännische Bedienung. Strengste Diskretion.

Rob. Nitsche, Juwelier,
Liegnitz, Frauenstr. 29 b. Fernruf 1080.

Zahle bis auf Weiteres für Zahle
Silbermünzen das 4 bis 4½-fache
Goldmünzen das 8 bis 9-fache,
evtl. auch mehr.

Mutterkorn

wird zu höchsten Tagespreisen zu **kaufen gesucht.**
Bieten an Wiederverkäufer

Jerusalem. Balsam, Hienfong-Essenz

in Friedensqualität. Muster gegen Nachnahme.

Pharmazeutische Fabrik, Neisse,
Marienstr. 5.

Achtung! Achtung!

Alte Gebisse nicht wegwerfen!

Zahle pro Zahn 6,50 M. bis 50 M.
Gebisse in Gold u. Platin bis 500 M.

Kaufe auch
Brennstifte, alte Gold- u. Silbermünzen
zu höchsten Tagespreisen.

Bin Freitag, den 16. d. Mts. im Hotel „Goldene Krone" zwischen früh 8 Uhr bis abends 6 Uhr.

Winter-Vergnügen
des Eisenbahnvereins Ramslau

am 17. und 24. Januar 1920
im Grimmschen Saale. Beginn 5 Uhr.
Nur für Mitglieder und geladene Gäste.

Prolog.

Die Stiefelnot in Brummstättel.
Ein heiteres Spiel aus ernster Zeit in einem Aufzug von Hermann Marcellus.

Memento mori (denk an den Tod).
Schwank in einem Akt von Karl Siber.

Tanz.

Freitag, den 16., abends 7 Uhr: Generalprobe in Grimm's Hotel.
Eintritt, auch für Nichtmitglieder, für Erwachsene 1,— Mk., für Kinder 50 Pfg.

Gasthaus Saabe.
Sonntag, den 18. Januar 1920
Großes Tanz-Kränzchen.

Es ladet freundlichst ein
Gastwirt Maskos.

Zu dem am **Sonntag, den 18. d. Mts.** stattfindenden
Tanz-Kränzchen
ladet freundlichst ein
Gastwirt Schlanert, Giesdorf.

Die neuen Steuergesetze

enthaltend
Umsatzsteuer, Reichsnotopfer, Steuernachsicht, Reichsabgabenordnung, sind als handliche Textausgabe zum Preise von **6,— M.** soeben in **Carl Heymanns Verlag,** erschienen. Bei der Wichtigkeit und der einschneidenden Wirkung dieser Gesetze für unser gesamtes Wirtschafts- und Volksleben ist ihre Kenntnis für alle Kreise nötig. Jeder Einzelne wird von diesen Gesetzen berührt und muß sich mit ihrem Inhalt vertraut machen.

Zu beziehen durch
O. Opitz Buchhandlung.

---

200 Zentner Prima-Heu

sofort zu kaufen gesucht. Angebote erbeten an
Robert Klinner, Bahnspediteur,
Zobten, Bez. Breslau.

Schlesacks Gasthof, Groß-Marchwitz.
Sonnabend, den 17. Januar 1920
Tanz-Kränzchen.

Musik: Damenblasorchester Tatiana. 10 Personen.
Anfang 6 Uhr.
Es laden ergebenst ein
die Direktion — der Wirt.

Gasthaus Ulbrich, Wilkau.
Sonntag, den 18. Januar 1920
KONZERT,

ausgeführt vom Damenblas-Orchester „Tatiana"
Anfang 5 Uhr. 10 Personen. Eintritt 1,50 M.
Anschließend Tanz.
Es laden freundlichst ein
der Wirt — die Direktion.

Lohnender Nebenverdienst!

300 Mark und mehr verdienen Sie monatlich leicht durch angenehme Vermittler-Tätigkeit nach vorheriger Einarbeitung. Anfragen unter **A. Z. 100** an die Exp. d. Ztg.

Als Vereinsbote

wird **Mann oder Frau** gesucht. Meldungen an Pastor Fuhrmann.

Empfehle
Amerikan. Würstchen
in Dosen mit 14 Stück Inhalt.
Robert Baguschе Nachflg.
Inh.: Gustav Wendrich.
Telefon 283.

Verkaufe m. Wirtschaft
mit totem und lebendem Inventar, sowie mit 18 Morgen Acker.
Kirsch, Herzberg.

Bei Haarausfall!
Namentlich nach überstand. Krankheiten hat sich bestens bewährt **Mundushaarwasser!** Ueberraschender Erfolg! Was viele Dankschreiben bestätigen! Preis Mk. 6,50. Porto und Packung extra! Allein durch
Hofapotheke Hechingen (Hohenz.)

Verkaufe 1 Paar fast neue
Sielengeschirre
für mittlere Pferde und 1 Paar starke
Arbeitsstielen.
Paul Mohry, Sattlermstr., Reichthal.

Soeben eingetroffen:
Nähmaschinengarn (Gruschwitz), **Sternzwirne,** **Futterschwingen,** **weiße Wäscheleinen** (Hanf,) **Säcke** (reine Jute).
J. Schneider,
Seilerei,
Wilhelmstr. 2.

Einen gebrauchten gut erhalt.
Schreibtisch
zu kaufen gesucht. Zu erfragen u. **C. A. 68** Exped. d. Ztg.

---

2 Paar getragene
Militärschuhe
Gr. 30, preiswert abzugeben. Anfragen an **A. E. 100** Expedition d. Bl.

Gebr. Herrenrad
und ein paar fast neue
Militärstiefeln
zu verkaufen bei **Wittwer,** Nolbau, Kreis Ramslau.

Pelzkragen und Muff
(Dachs)
ist zu verkaufen. Wo, sagt die Exped. d. Bl.

Brieftasche verloren
am Sonnabend Abend 10. 1. (Kirchstr., Ring). Gegen Belohnung abzugeben Polizei oder Exped. d. Bl.

Schmiedegeselle
21 J. alt, sucht dauernde Beschäftigung, auch auf einem Dom. Ang. u. **A. B.** a. d. Exp. d. Bl.

Zwei junge
Schmiedegesellen
können sich bald melden.
Schiewek, Böhmwitz.

Bürolehrling
für 1. April oder früher gesucht.
Urban & Nerlich,
Maurer- u. Zimmermstr.

Lehrling,
Sohn achtbarer Eltern, der Lust hat die **Zahntechnik** zu erlernen, für 1. April gesucht.
Weiffenbach, Dentist.

Zum baldigen Antritt
Kontoristin
gesucht. Perfekt in Schreibmaschine u. Korrespondenz. Angebote unter **B. H.** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Dauerstellung
bei guter Bezahlung findet Frau in mittleren Jahren oder älteres Dienstmädchen bei evang. Lehrerfamilie auf dem Lande. Antritt jeder Zeit.
Lehrer **Utta,**
Pramsen, Kr. Brieg.

Nehme Stellen
zum Waschen
an. Zu erfr. bei
Frau **Wünsch,** Ring.

Gewandtes Mädchen, 18 J., sucht Stellung als
2. Stubenmädchen
auf Landschloß. Off. u. **H. 52** Exped. d. Bl.

Für meinen Haushalt suche für bald ein ehrliches tüchtiges
Mädchen.
Paula Mindner, Gärtnerei, Hundsfeld bei Breslau.

Suche Wohnung.
Landhaus mit Garten oder kl. Wirtschaft. Off. erb. u. **X. Y.** an die Exped. d. Bl.

Ein- bis 2-Zimmerwohnung,
möbliert oder unmöbliert, zum Preise bis 100 M. monatlich, für sofort gesucht. Off. an die Exp. d. Bl. erbeten.

„Fortuna" 15. 1. 1920.
G. Z.

Freiw. Versteigerung.

Sonnabend, den 17. Jan. 1920, vorm. 10 Uhr, werde ich bei Herrn Gasthausbesitzer **Weber** hierselbst
61 Holzschemel
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.
Reimann,
Gerichtsvollzieher.

Die erkannte Person, die mir die Pferdedecke am 8. d. Mts. von meinem Einspänner vor Kaufmann Kellner, Ramslau, gestohlen hat, wird ersucht, dieselbe bei Herrn Kfm. Kellner, Ramslau, abzugeben, sonst erfolgt Strafanzeige.

Taubstummer Möbeltischler, 21½ J. alt (schwerhörig), 162 cm groß, kräftig, blond, sucht mit gut. anständigen Mädchen 17—19 Jahr alt, vom Lande (Landwirtstochter), in Verkehr zu treten, zwecks späterer Heirat, das leicht vom Mund ablesen kann. Gefl. Zuschrift mögl. mit Bild u. **A. 100** Exped. d. Ztg.

Sinalco-Heisstrank

durch Vermischen mit drei Teilen siedendem Wasser ein wirklich wohlschmeckendes, bekömmliches, grogähnliches Warmgetränk.

Sinalco-Saft

als Aufguß für Mehlspeisen, Puddings usw., zum Einkochen von Früchten und zum Süßen von Kompott ferner mit 8 Teilen Wasser gemischt, ein vorzügliches, preiswertiges, vollmundiges Hausgetränk.

Sinalco

das fertige, kohlensäure-haltige Fabrikat, ist das idealste Erfrischungs-Getränk für jede Familie.

Sinalco-Erzeugnisse führt
edes Lebensmittelgeschäft, welches bestrebt ist, seiner Kundschaft vom Besten das **Beste** zu bieten.

Man achte auf Name und Etikett (gesetzlich geschützt).